

Eine Hiobsbotschaft über die aktuellen Einbrüche bei den Steuereinnahmen jagt die nächste. „Kassen leer - Lage dramatisch – Straßensanierung bald Luxus“ – lauten die Überschriften der Pressemitteilungen von Städten und Gemeinden. Und der Bundesfinanzminister kann Finanzlöcher gar nicht so schnell stopfen wie neue aufreißen.

Steuererhöhungen will niemand in dieser Situation, weil sie angeblich die wirtschaftliche Dynamik bremsen und die Bürgerinnen und Bürger noch stärker belasten. Das stimmt aber keineswegs für jede Steuer. Entscheidend ist, wer sie bezahlt.

Verteilungsgerecht und wirtschaftspolitisch sinnvoll

Deutschland ist ein reiches Land. Die Verteilung des Reichtums ist jedoch höchst ungleich und die Lücke zwischen arm und reich klafft immer weiter auf. Hier hat die Steuer- und Einkommenspolitik in der Vergangenheit versagt.

Gerade einmal ein halbes Prozent der erwachsenen bundesdeutschen Bevölkerung verfügt über 25 Prozent des Geldvermögens!

Die Vermögen- und die Erbschaftsteuer belasten nicht - wie Steuererhöhungen oder Ausgabekürzungen - die große Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger. Von der Steuerpflicht wären die Reichen und Superreichen betroffen. Sie können diese Steuern allerdings aus den Erträgen oder aus dem ererbten Vermögen bezahlen, ohne an anderer Stelle sparen zu müssen.

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften haben damit keine negative Auswirkung auf die Konjunktur - im Gegenteil: Der Staat kann die Einnahmen daraus vollständig zur Finanzierung dringender öffentlicher Aufgaben einsetzen. Das stärkt die Binnenkonjunktur - und wenn beispielsweise mehr Geld für Bildung und Kinderbetreuung da ist, profitieren alle davon.

Vermögen- und Erbschaftsteuer bringen zusammen Mehreinnahmen von knapp 20 Milliarden Euro! Darauf kann der Staat, können wir Bürgerinnen und Bürger nicht länger verzichten!

Vermögensteuer bringt 16 Milliarden Euro ...

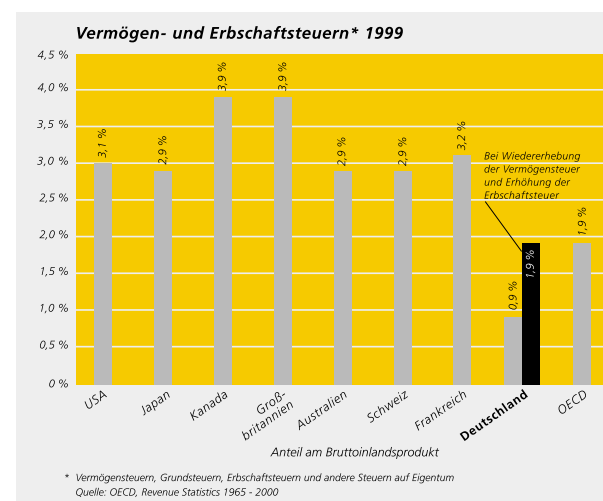
Ein Prozent Vermögensteuer könnte zu Mehreinnahmen von knapp 16 Milliarden Euro führen. Ein Freibetrag von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie ist dabei berücksichtigt.

Dies ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, die gemeinsam von der Hans-Böckler-Stiftung, ver.di und der IG Metall in Auftrag gegeben wurde.

... und eine Verbesserung der Erbschaftsteuer noch einmal bis zu 3,6 Milliarden Euro

Wer ein Mehrfamilienhaus mit einem Wert von 5 Millionen Euro erbt, zahlt erheblich weniger Steuern als der Erbe von Geldvermögen in der selben Höhe.

Immobilien- und Grundvermögen müssen endlich nach dem Marktwert berechnet werden. Dies und der Abbau weiterer besonderer Begünstigung würde fast 3,6 Milliarden Euro zusätzliche Steuern erbringen. Auch hier ist berücksichtigt, dass kleinere Erbschaften steuerfrei bleiben.



Deutschland als Steueroase

Mit 0,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt Deutschland bei der Besteuerung von Eigentum weit unter dem Durchschnitt vergleichbarer Länder, wie beispielsweise unseren europäischen Nachbarn. Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Verbesserung der Erbschaftsteuer würden uns gerade einmal auf internationalen Standard bringen, der bei 1,9 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt. Das ist aber immer noch deutlich unterhalb des Steuerertrages von 3,1 Prozent in den USA.

Die Vermögenssteuer ist verfassungskonform

Das Bundesverfassungsgericht hat 1995 nicht die Vermögenssteuer selbst sondern lediglich die Ungleichbehandlung bei der Steuererhebung für rechtswidrig erklärt. Die Steuer auf Immobilien und Grundbesitz wurde nach Jahrzehnte alten Wertangaben berechnet.

Die Bewertung ist nur für die Erbschaftsteuer leicht verbessert worden, doch längst nicht ausreichend.

Auf die Erhebung einer gesetzeskonformen Vermögenssteuer dagegen hat der Gesetzgeber schlicht und einfach verzichtet.

Auch der im Urteil von 1995 erstmals formulierte „Halbteilungsgrundsatz“ ist keineswegs ein Hinderungsgrund. Sollte er überhaupt Bestand haben, würde auch inklusive Vermögenssteuer sowieso nur in Ausnahmefällen die Hälfte des Gesamteinkommens oder mehr bezahlt werden müssen - erst recht wegen der zwischenzeitlichen Senkung der Einkommensteuersätze.

Millionäre für Steuern

Vielen Millionären bleibt bislang verborgen, dass Reichtum auch zu einer gewissen Verantwortung gegenüber der Gesellschaft verpflichtet - aber nicht allen. In den USA haben sich schon vor einem Jahr 200 von ihnen zu Wort gemeldet und sich für die Beibehaltung der Erbschaftsteuer eingesetzt. In Deutschland läuft derzeit eine Unterschriftenaktion unter Millionären für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer. In einem Brief haben sie sich an Bundeskanzler Schröder gewandt:

„Es beschämt uns, wenn der Eindruck entsteht, wir Vermögenden sähen uns wegen unseres Reichtums von der Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung ausgenommen. Das Gegenteil ist der Fall: Für uns gilt, wer mehr hat, kann und sollte auch mehr geben.“

Initiative Vermögensteuer

Wir wollen, dass auch die starken Schultern im Lande gesellschaftliche Lasten übernehmen - dass Reiche sich angemessen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben beteiligen – Deswegen: Vermögensteuer wieder erheben und große Erbschaften höher besteuern!

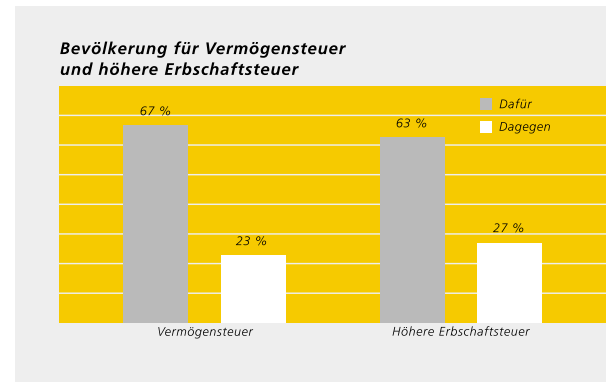
**Mehr Informationen:
www.verdi.de/vermoegensteuer**



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Hohe Zustimmung in der Bevölkerung

Auch wenn die Pläne für die Vermögensteuer in den Medien in der Regel kritisch kommentiert wurden, ist eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung festzustellen. In einer Umfrage für die ARD Ende September zeigten sich 67 Prozent der Bürgerinnen und Bürger zustimmend zu Plänen für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Eine Erhöhung der Erbschaftsteuer wird von 63 Prozent der Bevölkerung begrüßt.



ver.di fordert:

- Die Wiedererhebung der Vermögensteuer mit einem Steuersatz von 1 Prozent und einem Freibetrag von 500.000 Euro für eine vierköpfige Familie.
- Eine höhere Besteuerung großer Erbschaften, indem auch hier eine aktuelle und realistische Immobilienbewertung vorgenommen wird. Die steuerfreie Vererbung von Einfamilienhäusern ist sicher zu stellen.

Wir fordern die Landesregierungen und den Bundestag auf, Gesetze zur Wiedererhebung der Vermögensteuer und zur höheren Besteuerung großer Erbschaften einzubringen und zu beschließen.

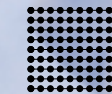
Da es sich um Landessteuern handelt, können mit den Einnahmen Länder- und kommunale Haushalte gestärkt werden. Dringend notwendige öffentliche Zukunftsaufgaben sind finanzierbar und die Binnen nachfrage wird gestärkt. Die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung wird nicht belastet.

Herausgeber:

ver.di –
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.
Ressort 2
Potsdamer Platz 10
10785 Berlin
Verantwortlich:
Margret Mönig-Raane
Bearbeitung:
Bereich Wirtschaftspolitik
Michael Schlecht (Bereichsleiter)
Ralf Krämer, Sabine Reiner,
Norbert Reuter, Anita Weber
Kontakt:
wirtschaftspolitik@verdi.de
www.verdi.de/wirtschaftspolitik
Gestaltung:
Hansen Kommunikation, Köln
Odeon Zwo, Berlin
Druck:
Union-Druckerei i.L., Frankfurt a. M.
W-1857-10-1202

Millionen zahlen Steuern.

Millionäre sollen es auch: Vermögensteuer.



**VERMÖGENSTEUER
IST NUR GERECHT.**

Argumente zur Vermögensteuer

ver.di